



An die Vorsitzende des Ausschusses  
für die Gleichstellung von Frauen und Männern  
Frau Teresa De Bellis-Olinger

An Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

**SPD-Fraktion  
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau  
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnsdpd.de

web www.koelnsdpd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 19.01.2023

**AN/0140/2023**

**Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern	06.02.2023

**Machtmissbrauch und sexuelle Belästigungen im Gesundheitsamt**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende,

die SPD-Fraktion bittet Sie, folgende Anfrage in die Tagesordnung des Ausschusses am xy aufzunehmen:

Die Medienberichte über sexuelle Übergriffe im Kölner Gesundheitsamt durch einen Amtsarzt während amtsärztlicher Untersuchungen von Frauen haben die Kölner Öffentlichkeit aufgeschreckt. Im Zusammenhang mit den für die Aufnahme in ein Beamtenverhältnis vorgesehenen Untersuchungen soll er mindestens eine Frau dazu gebracht haben, sich am Oberkörper inklusive BH zu entkleiden. In der Folge habe er die Untersuchung an der nackten Frau durchgeführt, Kommentare dazu abgegeben und sie mit seinem Stethoskop an der Brustwarze berührt. Nach den Medienberichten meldeten sich weitere Frauen bei Zeitungen und berichteten von ähnlichen Übergriffen. Zudem ist bekannt, dass auch der Stadt mindestens eine Beschwerde vorlag.

Der Arzt soll in der Zwischenzeit intern an eine andere Stelle im Gesundheitsamt versetzt worden sein, wo er keinen Patient\*innenkontakt habe. Die Stadt soll beamtenrechtliche Konsequenzen gegen den Mediziner prüfen. Zudem heißt es, dass das Gesundheitsamt die Arbeitsabläufe dahingehend geändert habe, dass Frauen künftig nur noch von Frauen untersucht würden. Im Fall drängender Fristen und nicht vorhandenen Personals solle bei der Untersuchung von Frauen zudem weibliches medizinisches Personal hinzugezogen werden, um die Sicherheit der zu Untersuchenden und der Patientinnen zu erhöhen. Diese Informationen sind auch auf der Info-Seite der Stadt Köln über die Begutachtungen im Gesundheitsamt aufgenommen worden. Außerdem wird dargelegt, dass Frauen nur "bei medizinischen Gründen und absoluter Notwendigkeit" während der Untersuchung den BH ablegen müssten. Die medizinischen Gründe und die absolute Notwendigkeit würden dazu vorab erläutert. Bedenken gegen die Entkleidung sollten zu Untersuchende gegenüber dem medizinischen Personal äußern.

Parallel zum Geschehen am Gesundheitsamt zog auch der Umgang mit Vorwürfen sexueller Grenzverletzungen durch einen Professor an der Universität Köln Kritik auf sich. In der Angelegenheit hatten Studierende für ein konsequenteres Vorgehen gegen solche Täter demonstriert. Zwölf Frauen

sollen sich in der Angelegenheit als Betroffene gemeldet haben. Im vorliegenden Fall laufe bereits seit drei Jahren eine Untersuchung, ohne dass diese bislang zu einem Ergebnis gekommen wäre.

**Wir möchten aus den gegebenen Anlässen von der Verwaltung wissen:**

1. Wie lange dauerte es von der Meldung der Beschwerde bis zur Etablierung neuer Arbeitsabläufe und zur Versetzung des Amtsarztes?
2. Wie war der Umgang der Verwaltung nach Vorliegen der ersten Beschwerde über den mutmaßlichen Übergriff während der amtsärztlichen Untersuchung?
3. Plant die Verwaltung mit ihren in der Angelegenheit gesammelten Erfahrungen, beim Land NRW anzuregen, entsprechende Sicherheitsstandards auch landesweit einzuführen?
4. Welche Standards gelten im Umgang mit zu Untersuchenden mit dem Geschlechtseintrag "divers" sowie solchen im Prozess einer geschlechtlichen Transition vor und nach Änderung des amtlichen Geschlechtseintrags?
5. Die Stadt hat verschiedene interne Anlaufstellen und Maßnahmen geschaffen, um ihr eigenes Personal und auch Bürger\*innen vor Machtmissbrauch und sexueller Belästigung durch städtische Mitarbeitende zu schützen. Gibt es Kenntnisse zur Anzahl von Beschwerden und den daraus gefolgten Konsequenzen, und reichen nach Auffassung der Stadtverwaltung die Schutzmaßnahmen und Standards aus?

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Mike Homann  
SPD-Fraktionsgeschäftsführer